Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation beschlossen

Die Bundesregierung hat die Einrichtung des „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ beschlossen. Es soll den Austausch über den Wandel im Osten Deutschlands fördern und Brücken nach Osteuropa schlagen. Der Ostbeauftragte Schneider sieht darin einen Beitrag zur Festigung der Deutschen Einheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

„Das ist ein Beschluss, für den ich mich schon in früherer Tätigkeit sehr eingesetzt habe und der aus der Beschäftigung mit der Deutschen Einheit und den Empfehlungen der Kommission der letzten Legislaturperiode erwachsen ist,“ sagte **Bundeskanzler Olaf Scholz**. Die notwendigen Eckpunkte für das Zukunftszentrum seien jetzt beschlossen worden. Damit beginne ein Prozess, in dem sich ostdeutsche Städte und Gemeinden als Ort für das Zukunftszentrum bewerben könnten.

Carsten Schneider, Ostbeauftragter der Bundesregierung, zu seinen Erwartungen: “Das Zukunftszentrum soll ein Ort sein, an dem sich unser Land auf unterschiedlichen Ebenen mit den Auswirkungen von Transformationsprozessen auf unsere gesamte Gesellschaft auseinandersetzt, um daraus für die aktuell anstehenden, vielfältigen Transformationsprozesse zu lernen. Das Zentrum soll ein erleb- und begehbarer Ort für die Menschen werden und Begegnungen ermöglichen. Hier können sich Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Kultur sowie alle Interessierte ganz praktisch mit allen Dimensionen gesellschaftlicher Transformation befassen. Es geht auch darum, Vielfalt und Unterschieden ein Forum zu geben. Damit wird echte Debatte und ernsthafte Partizipation möglich. Indem wir dies tun, stärken wir nicht zuletzt das Selbstbewusstsein auf Leistungen und Fähigkeiten im Osten. Insofern erwarte ich durch Begegnung und Dialog einen Beitrag zur Festigung der Deutschen Einheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.”